

Andreas Siemoneit, Februar 2015:

Zusammenfassung von:

Walter Eucken: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung – Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik.

Hg. vom Walter-Eucken-Archiv. Mit einem Nachwort von Walter Oswalt. LIT Verlag Berlin, 2. Auflage 2012 (1. Auflage 2002).

Editorische Vorbemerkung

[7] Dieses Buch enthält Vorlesungen zur Wirtschaftspolitik, die Walter Eucken 1950 an der London School of Economics hielt, sowie bislang auf Deutsch noch nicht veröffentlichte Texte zur Dekonzentration von Wirtschaftsmacht. Der letzte Teil des Buches ist ein aktueller Essay von Walter Oswalt, Mitarbeiter im Walter-Eucken-Archiv, mit Hintergrundinformationen [insbesondere zu den „politischen Startbedingungen“ der jungen Bundesrepublik und der „sozialen Marktwirtschaft“, A. S.].

1. Vortrag

Das Problem der wirtschaftlichen Macht

I

[9] Wie kann der modernen industrialisierten Wirtschaft und Gesellschaft eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung gegeben werden? Alte Ideologien und Begriffe helfen angesichts der raschen Veränderungen nicht. Aber gerade das letzte halbe Jahrhundert [1900-1950, A. S.] hat vielfältige *Erfahrungen* mit den verschiedensten Politikansätzen und Politikexperimenten ermöglicht, die es möglichst nüchtern auszuwerten gilt.

II

[11] Bereits aus den deutschen Erfahrungen lassen sich *allgemeine* Erkenntnisse gewinnen. Von einer Politik des Laissez-faire am Anfang des Jahrhunderts (was nicht „staatsfreie Wirtschaft“ bedeutet, sondern nur, daß der Staat auf die die Gestaltung der *Wirtschaftsordnung* verzichtete) über die Experimente der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus bis zur Währungsreform von 1948 – dies ist vor allem ein großer Erfahrungsschatz. Wir betrachten einige große Probleme.

III

[13] Das Problem der wirtschaftlichen Macht:

1. In einer berühmten Entscheidung von 1897 gestattete das Reichsgericht die Bildung von Kartellen. Die Vertragsfreiheit konnte genutzt werden, um die Vertragsfreiheit anderer zu beschränken.
2. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden einige Syndikate von seiten der Politik zu „Selbstverwaltungskörpern“ aufgewertet. Es wurde eine Zwangsmitgliedschaft für Unternehmen verordnet, andererseits wurden auch Vertreter der Arbeiterschaft und der Konsumenten an der Leitung beteiligt. Diese Versuche, durch Beteiligung aller Interessengruppen alte Gegensätze zu überwinden, scheiterten, da auf einmal alte Gegner zu Verbündeten in der Bewahrung der Monopole wurden, von denen sie gemeinsam profitieren konnten: Die Monopole wurden faktisch gestärkt.
3. Die Kartellverordnung von 1923, die eine staatliche Kartellaufsicht und ein Kartellgericht installierte, wurde von der Wirtschaft weniger bekämpft als parallele Versuche der Politik, den Wettbewerb zu beleben. Anstelle eines ruinösen Wettbewerbs wurden Kartelle – unter Einbeziehung der Gewerkschaften – als eine höhere Form wirtschaftlicher Entwicklung gepriesen. Die Lehre lautet jedoch: Eine Monopolkontrolle, die sich gegen den sog. „Missbrauch“ wirtschaftlicher Machtstellung wendet, scheitert. Einmal etablierte Macht ist nicht wieder in den Griff zu bekommen, deshalb muß sich Wirtschaftspolitik gegen die Entstehung von Macht überhaupt wenden.
4. Das Problem wird auch nicht gelöst, wenn die wirtschaftliche Macht von der privaten in die staatliche Hand wechselt. Sowohl bei Zentralverwaltung (unter formaler Beibehaltung des Privateigentums) als auch bei Verstaatlichung üben die zentralen Planstellen eine erhebliche Macht aus, von der alle anderen abhängen. Das Problem der wirtschaftlichen Macht kann niemals durch weitere Konzentration von Macht gelöst werden.

IV

[20] Warum ist das Problem der wirtschaftlichen Macht so wichtig? Weil sie immer eine Gratwanderung zwischen gefährlichem Missbrauch und notwendiger Autorität darstellt. Und seit der Industriellen Revolution sehen wir eine Wucherung von Macht. Zur Auswirkung von wirtschaftlicher Macht zwei Beispiele: (1) Ein

monopolistisches Unternehmen erwirtschaftet durch den monopolistisch überhöhten Preis eine Zusatzrendite, die zu Investitionen genutzt werden kann (Monopolisten werden oft gerade wegen ihrer technischen Ausstattung bewundert – ökonomisch ist das ohne Sinn). Für den Konsumenten bedeutet dies jedoch erzwungenen Konsumverzicht und eine Verzerrung seiner eigentlichen Präferenzen. (2) Macht beschränkt Freiheit anderer. Kartelle beschränken die Gewerbefreiheit von der privaten Seite, zentrale Planstellen von der staatlichen Seite her.

2. Vortrag

Zwangsläufigkeit der wirtschaftspolitischen Entwicklung?

I

[23] Eine insbesondere von Karl Marx vertretene These lautet: Moderner Technik wohnt eine zwangsläufige Tendenz zur Konzentration in immer größeren Betrieben – letztlich im Monopol – inne, und die anschauliche Wahrnehmung scheint das zu bestätigen. Dann aber wäre jede Anti-Zentralisierungspolitik zum Scheitern verurteilt.

II

[24] Für Deutschland ergibt die genauere Prüfung jedoch das genaue Gegenteil: Technik verstärkt die Konkurrenz – in dreifacher Weise. (1) Verbesserung und Verbilligung des Verkehrs schwächen lokale und regionale Monopole, die sich plötzlich in Konkurrenz zu ehemals „Auswärtigen“ sehen. Industriearbeiter können auf einmal pendeln und viel mehr Arbeitsmöglichkeiten wahrnehmen. (2) Verschärfung der Substitutionskonkurrenz durch neuartige Materialien und Produkte führt zu Ausweichmöglichkeiten und elastischerer Nachfrage bei „traditionellen“ Materialien und Produkten. (3) Die verarbeitende Industrie besitzt eine enorme Anpassungsfähigkeit, um von der Fertigung eines Produktes zur Fertigung eines anderen überzugehen, je nach Konkurrenzdruck und Gewinnchancen. Somit können in jedem Markt plötzlich neue Konkurrenten auftauchen. Die Rohstoffindustrie besitzt diese Flexibilität zwar nicht, dafür aber sind ihre Produkte (Grundstoffe, Energie) immer flexibler einsetzbar. Das Kapital ist zwar gebunden, nicht jedoch die Produktionsplanung. Somit wirkt das vielfach beklagte Problem „Starre Produktion versus rasch wechselnde Nachfrage“ konstruiert.

III

[29] Dem gegenüber stehen starke Tendenzen, Konkurrenz *wirtschaftspolitisch* einzudämmen oder auszuschalten. Dabei werden Maßnahmen auf allen drei genannten Feldern ergriffen, z. B. handelspolitische Hemmnisse gegen den billigen Verkehr, Schutz der Reichsbahn vor der aufkommenden Substitutionskonkurrenz „Kraftwagen“, Patente, Investitionsverbote oder Zulassungssperren gegen die Elastizität des Produktionsapparates. Aus der Ansicht heraus, dass Konkurrenz unter den Bedingungen moderner Technik nicht mehr zeitgemäß sei, werden Monopole und zentralistische Politik verteidigt.

IV

[30] Konzentration äußert sich nicht in einzelnen großen Werken, sondern in vielen Betrieben unter einer einheitlichen *Leitung*. Das hat aber eher rechts- und wirtschaftspolitische als technische Gründe: Konzentration wird gefördert durch (1) Zölle, (2) Patente und Markenschutz, (3) eine unstete und wechselhafte Wirtschaftspolitik. Konkurrenz ist also nicht mit der modernen Technik untergegangen und kann weiterhin zur Ordnung der Wirtschaft genutzt werden.

V

[34] Scheinbar folgte die Wirtschaftsentwicklung einem Gesetz der Konzentration, dem die Wirtschaftspolitik nichts entgegenzusetzen habe. Tatsächlich setzte sich die Wirtschaftspolitik der Tendenz zur Konkurrenz entgegen und versuchte anschließend, die unerwünschten Folgen zu bekämpfen. Aber jede einzelne wirtschaftspolitische Maßnahme muss sich auf eine *Gesamtordnung* beziehen, auf eine Gesamtentscheidung über die Wirtschaftsverfassung.

3. Vortrag

Soziale Frage, Sozial- und Vollbeschäftigungspolitik

I

[37] Während im 19. Jahrhundert Freiheit und Gleichberechtigung politisch und rechtlich gesichert wurden, waren wirtschaftlich und sozial die Industriearbeiter oft unfrei („Soziale Frage“). Für jedes Sachgebiet be-

trieb man eine besondere, punktuelle Wirtschaftspolitik: Agrarpolitik, Handwerkerpolitik – und für die Arbeiter: Sozialpolitik, vor allem Arbeitsschutzgesetze und Sozialversicherung. Aber entscheidend für den Lebensstandard waren letztlich höhere Löhne: Produktivitätssteigerung, Konkurrenz der Arbeitgeber um Arbeitskräfte und Teilmonopole beim Arbeitsangebot (Gewerkschaften). Die *Marktformen* änderten sich zu Gunsten der Arbeiter.

II

- [38] Nach dem 1. Weltkrieg wurde die Massenarbeitslosigkeit die wichtigste soziale Frage. Sie führte zur Bildung zweier mächtiger Interessengruppen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, welche – als Teilmonopolisten – die Löhne aushandelten. Teilmonopolistische Märkte sind instabil. Staatliche „Schlichter“ wurden berufen und setzten faktisch die Löhne fest: Ein fehlendes Marktgleichgewicht führte zu zentraler Lenkung.
- [40] Die Depression 1929-1932 führte zur Entwicklung der „Vollbeschäftigungspolitik“, die mit staatlichen Investitionsprogrammen den Teufelskreis der Unterbeschäftigung zu durchbrechen suchte. Erst die Nationalsozialisten setzten diese Pläne – eine Art keynesianischer Investitionspolitik – um. Nach dem weitgehenden Abbau der Arbeitslosigkeit führte das billige Geld ab 1936 zur Preissteigerung, auf die der Staat mit einem Preisstopp reagierte, so dass die Preise keine Gleichgewichtspreise mehr waren und geradezu zwangsläufig zu zentraler Lenkung (Rohstoffzuteilung) führten.
- [41] Die Bildung umfassender wirtschaftlicher und sozialer Machtkörper und die Vollbeschäftigungspolitik führten somit beide zu zentraler Lenkung, die bis 1948 andauerte.

III

- [42] Marx' These, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln Ursache der sozialen Frage sei und daher vergesellschaftet werden müsse, dass also Kollektiveigentum und zentrale Lenkung die soziale Frage lösen würden, lässt sich heute anhand der deutschen Erfahrungen überprüfen.
- [43] 1. Unzureichende Versorgung der Arbeiter: Im Mittelpunkt der Pläne zentraler Planstellen stand nicht die Konsumgüterversorgung, sondern Steigerung der Investitionen („erzwungenes Sparen“). Hinzu kam das Fehlen der Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch das Kostenprinzip (Preise).
2. Ungerechtigkeit der Verteilung: Die Abhängigkeit der Einkommen von Funktionären zentraler Machtkörper, die – wie im deutschen Osten – auch noch das Kollektiveigentum verwalteten, erwies sich als noch gefährlicher als die Abhängigkeit der Einkommen vom Markt. Die selbständigen Berufe verschwanden.
3. Unsicherheit: Gerade bei zentraler Planwirtschaft musste man stets mit Verfügungen rechnen, welche die Freizügigkeit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Vertragsfreiheit und Konsumfreiheit beschränkten. Sicherheit setzt Wahlmöglichkeiten, also Freiheit, voraus.

IV

- [45] Die Weimarer Republik ging am Problem der Massenarbeitslosigkeit zugrunde. Massenarbeitslosigkeit zwingt jede Regierung zu Vollbeschäftigungspolitik. Diese erzeugte jedoch andere schwerwiegende Ungleichgewichte in Deutschland – ein echtes Dilemma. Aber die Massenarbeitslosigkeit „geschah“ nicht zwangsläufig, sondern war entstanden aus gewissen Marktformen (Oligopole, Monopole) und Geldsystemen (Kreditgeld), in denen sich kein Gleichgewicht herstellen konnte.
- [48] Daraus ergibt sich als wesentliche Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Herstellung eines Rahmens, in dem der Wirtschaftsprozess alltäglich abläuft und Gleichgewichte finden kann. Das erfordert bestimmte Marktformen und Geldsysteme.

4. Vortrag

Die Währungspolitik und ihre Konsequenzen

- [51] Im letzten halben Jahrhundert erlebte Deutschland eine wechselnde experimentelle Geldpolitik, zwei Inflationen und eine Deflation. Wir beschränken uns hier auf drei große Fragen.

I

- [52] Währungspolitik und Aufbau der deutschen Wirtschaftsordnung: In der Deflation zwischen 1929 und 1932 versagte die Währung als Tauschmittel und Recheneinheit. Betriebe konnten echte und Scheinverluste kaum unterscheiden. Die Wirtschaftspolitik agierte symptombezogen, über die Agrarpolitik und die Handelspolitik bis zur Vollbeschäftigungspolitik. Prägender aber waren die Inflationserfahrungen (offene Inflation 1914-1923, zurückgestaute Inflation 1936-1948). Eine Inflation hebelt die Preismechanik aus (der Preisstopp von 1936 legte sie ganz still) und erzwingt ein Ausweichen auf andere Steuerungsformen: Zentrale Planung und Zuteilung, z. B. von Wohnungen oder Devisen. Dabei ist wesentlich, dass zentrale Planung nur funktionieren kann, wenn Geld *nicht knapp* ist, also unter Inflationsbedingungen.

II

[56] Einfluss der Währungspolitik auf den internationalen Handel Deutschlands: Mit dem Festhalten der Devisenkurse nach 1933 war der Staat gezwungen, Ein- und Ausfuhr regulierend zu steuern. Die Devisenpolitik wurde zur Handelspolitik. Anstatt die Preise über die Dringlichkeit von Ein- und Ausfuhr bestimmen zu lassen, wurde zentral gesteuert, ohne diese Dringlichkeiten zu kennen. Der Export wurde sogar gefördert, um Devisen zu beschaffen. Aber bei all dem fehlte eine exakte, international gültige Rechenskala.

III

[59] Währungspolitik und Konjunkturpolitik: Die „Investitionslücke“ zwischen 1929 und 1932 wurde mit einer Politik des niedrigen Zinses bekämpft, um der mangelnden Nachfrage zu begegnen. Die Ursache dieser „Investitionslücke“ war jedoch ein abschreckendes Investitionsklima: (1) Deflation, (2) durch Kartelle und staatliche Interventionen hochgehaltene Preise (Kosten) und (3) die Instabilität der Wirtschaftspolitik ließen Investitionen zu einem unkalkulierbaren wirtschaftlichen Risiko werden. Mit der Währungspolitik wurde versucht, die so erzeugten Disproportionalitäten im Preissystem zu bekämpfen. Zwar konnte die Arbeitslosigkeit beseitigt werden, aber die getätigten Investitionen waren teilweise unsinnig – statt Unterbeschäftigung hatte man Unterversorgung.

IV

[62] Sonderfall Nachkriegsphase 1945-1948 in Deutschland: Unmittelbar nach dem Krieg entwickelte sich in Deutschland eine wenig produktive, primitive Wirtschaftsform von Selbsterzeugung und Naturaltausch, weil es kein funktionierendes Preissystem gab. Aus diesem Grund führte die Währungsreform 1948 schlagartig zu einer Verbesserung der Güterversorgung und zur Wiederbelebung des arbeitsteiligen Prozesses.

5. Vortrag

Die Entwicklung des ökonomischen Denkens

[65] Das ökonomische Denken ist kein Reflex der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Situation, sondern gestaltet sie.

I

[65] Seit etwa 1870 wurde in Deutschland die Historische Schule führend in der Ökonomie. Ihre Kennzeichen sind Beschreibung von Einzelheiten, Vermeidung grundsätzlicher Entscheidungen, symptombezogene Wirtschafts- und Sozialpolitik, Vertrauen auf eine zwangsläufige Entwicklung.

II

[67] Der 1. Weltkrieg und die Inflation stellten Probleme dar, die von der Historischen Schule nicht gelöst werden konnten. Es kam zu einer Theoriewende, die ich in fünf Punkten zusammenfassen möchte:

[68] 1. Identifizierung der wirtschaftlichen Grundformen: Der historisch zu beobachtende dauernde Wechsel der Wirtschaftsformen scheint Theorie fast unmöglich zu machen. Aber durch genaue Analysen von Haushalten und Betrieben gelang es der deutschen Nationalökonomie, die überschaubar vielen *Grundformen des Wirtschaftens* zu identifizieren: Zentralgeleitete Wirtschaft (zu der für sich genommen übrigens jeder einzelne Betrieb gehört) und Verkehrswirtschaft, und in der Verkehrswirtschaft die verschiedenen Marktformen (Angebotsmonopol, Oligopol usw.) und Geldsysteme. Die reinen Formen können theoretisch analysiert werden.

[71] 2. Abschied von der Idee einer „zwangsläufigen Entwicklung“: Marx war nicht der erste, der glaubte, ein universales, absolutes Gesetz der Geschichte entdeckt zu haben. Schumpeter meinte, aus einer Analyse wirtschaftlicher *Fakten* könne man die Zukunft erkennen. Aber entscheidend sind nicht die Fakten, sondern die *Vorstellungen* der Menschen über diese Fakten. Sie formen die wirtschaftliche Wirklichkeit. Weiterhin folgt eine (tatsächliche) Zwangsläufigkeit oft aus einem „harmlos“ erscheinenden ersten Schritt, welcher der Politik über mehrere Stufen dann tatsächlich keine Wahl mehr lässt. Aber die Wirtschaftspolitik kann auch ordnungspolitische Bedingungen setzen, die keine ungewollten Tendenzen auslösen.

[73] 3. Überwindung des Glaubens an zentrale Planung: Ebenso wenig zwangsläufig ist auch der Übergang vom Laissez-faire zu zentraler Planung. Beides ist gefährlich und vermeidbar. Es ist möglich, durch Wirtschaftspolitik bestimmte Marktformen und Geldsysteme entstehen zu lassen, in denen der Wettbewerb über ein funktionsfähiges Preissystem den Wirtschaftsprozess lenken kann.

[76] 4. Überwindung *punktualer* Wirtschaftspolitik: Wirtschaftspolitik darf nicht über isolierte Akte betrieben werden, sondern muss „aus einem Guss“ sein und einer bestimmten Lenkungsmethode folgen. Die deutschen Erfahrungen zeigen, dass die Lenkungsmethode „Konkurrenz“ den anderen beiden möglichen Methoden „Leitung durch zentrale Planstellen“ und „Leitung durch Gruppen“ (Monopole u. ä.) weit überlegen ist.

[77] 5. Soll der Staat wenig oder viel tun? Das Problem ist nicht quantitativ, sondern qualitativ. Der Staat hat die *Formen*, in denen gewirtschaftet wird, zu beeinflussen, aber er hat nicht den *Wirtschaftsprozess* selbst zu führen.

Überlegungen zum Monopolproblem (1947)

- [79] Während sich formal eine „Wettbewerbsordnung“ entwickelt, kommt es faktisch zu Konzentrationsprozessen und Monopolbildungen in der Industrie. Monopolwirtschaft und Planwirtschaft haben viele Gemeinsamkeiten. Statt dessen muss der freie Wettbewerb Ziel der Ordnungspolitik sein.
- [81] 1. Eine Grundvoraussetzung dafür ist das Vorhandensein einer brauchbaren Währung. Ohne diese landet man fast zwangsläufig in der Planwirtschaft.
2. Wirtschaftliche Machtgebilde kann man nicht bekämpfen, man muss sie im Ansatz durch eine *widerspruchsfreie* Wirtschaftspolitik verhindern. Die bisherige Politik hat Monopolbildungen *indirekt* massiv gefördert und braucht sich daher nicht zu wundern, dass ihre Versuche einer *direkten* Antimonopolpolitik wirkungslos bleiben.
- [82] Die gesamte Wirtschaftspolitik und das gesamte Wirtschaftsrecht vom Gesellschaftsrecht über das Patentrecht bis zur Handelspolitik sind in Richtung einer Wettbewerbsordnung zu entwickeln, um Sinn und Widerspruchsfreiheit zu erreichen. Dann können auch Antimonopolgesetze funktionieren. In Bereichen, wo Monopole (z. B. Netzmonopole) schwer zu vermeiden sind, hilft es nichts, wenn der Staat diese Monopole übernimmt, sondern diese Monopole müssen durch eine spezielle Behörde „künstlich“ unter Wettbewerbsdruck gesetzt werden.
- [83] Innerhalb einer staatlich geförderten und aufrechterhaltenen Ordnung können die Menschen *freie* Entscheidungen treffen. Auf diesem Weg wird das alles entscheidende Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung hergestellt.

Monopolauflösung und Monopolkontrolle (1947)

[Richtlinien am Ende des Gutachtens „Konzernentflechtung und Kartellauflösung“, praktisch eine Zusammenfassung von Euckens Ideen]

Nachwort von Walter Oswalt

Die falschen Freunde der offenen Gesellschaft

- [87] Bis heute berufen sich viele auf Walter Eucken und den Ordoliberalismus, u. a. weil diese Liberalismus-Tradition während des Nationalsozialismus zum nicht-linken Widerstand gehörte. Nach dem Krieg ging es Eucken, Böhm, Rüstow und anderen um ein neues Wirtschaftssystem ohne Konzernmacht, wohingegen Ludwig Erhard eine Modernisierung des deutschen Korporatismus anstrebte (Großkonzerne und Staatsbürokratie in enger Verflechtung).
- [90] Adenauer und Erhard nutzten (geschickt) die Reputation der Ordoliberalen genau so lange, wie es nötig war (u. a. Gesetz zur Preisfreigabe), um sie dann zu entmachten und Schlüsselpositionen in der Verwaltung mit Interessenvertretern der Industrie und der Landwirtschaft zu besetzen. Erst verduzt, dann entsetzt registrierten die Ordoliberalen, wie die von ihnen geprägten Begriffe für eine Legitimation der „Sozialen Marktwirtschaft“ umgedeutet und teilweise in ihr Gegenteil verkehrt wurden.
- [93] Unter dem falschen Etikett des Liberalismus konnte sich der Neoliberalismus durchsetzen, mit demokratischen Staatsverfassungen, aber ohne menschenrechtliche Wirtschaftsverfassungen, so dass Großkonzerne weiterhin in enger Verflechtung mit staatlichen Institutionen agieren können. Neben Walter Eucken werden vor allem auch Léon Walras und Adam Smith als Kronzeugen dieser Entwicklung missbraucht, z. T. von Instituten ihres Namens, welche die Analyse ihrer Namensträger verdrehen. Denn der echte Liberalismus hatte eine völlig andere Vorstellung von Wirtschaft als der Neoliberalismus.
- [98] Eucken strebte eine wirtschaftspolitische Umsetzung des Kantschen Freiheitsprinzips an und stellte eine Analogie zwischen den Legitimations- und Kontrollinstanzen des politischen Bereichs und dem Wirtschaftsbereich her. Seine Schlussfolgerung war die der Machtbegrenzung. Der Neoliberalismus hingegen hat ein

funktionalistisches Freiheitsverständnis, zugunsten eines effizienten Marktgeschehens und einer wirtschaftlichen Selektion des Stärkeren (Hayek). Dem Neoliberalismus ist zudem ein ausgeprägter Relativismus eigen: Alles ist verhandelbar, Präferenzen sind zu achten, und gut ist, was sich durchsetzt. Universelle Menschen- oder Freiheitsrechte sind Abwägungsgüter.

- [102] Für Eucken war Rationalität per se machtkritisch, aufklärerisch und freiheitsorientiert. Wissenschaft hat in eben diesem Geiste betrieben zu werden, und Eucken stellte sich damit damals gegen die Nazis und auch gegen „abgedriftete“ Fachkollegen. Die heutigen Wirtschaftswissenschaften sind durch ihre Nähe zur Macht zur kritischen Neutralität gar nicht mehr in der Lage. Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung wird als alternativlos gedacht und dargestellt, Alternativen gar nicht erst als Denkmöglichkeiten erkannt. Das bewusst herbeigeführte „Primat der Wirtschaft“ wird nachträglich als natürliche Entwicklung betrachtet und durch seinen Erfolg legitimiert. Das Ergebnis ist eine offene Entpolitisierung, während im Hintergrund sämtliche politischen Instrumente gezielt eingesetzt werden. Und für all das wird der Ordoliberalismus bemüht.
- [109] Vordergründig kritisieren neoliberale Ökonomen die ausufernde Macht eines Staates, der Rahmenbedingungen zu setzen versucht. Dabei ist es gerade die wirtschaftliche Logik des Neoliberalismus, die zum unkontrollierbaren Interventionismus tendiert, zugunsten der Oligopolisten, welche selbst zunehmend (quasi-staatlich) Politik betreiben. Es entsteht kein staatsfreier Raum, sondern eine Verquickung, welche genau jene Verfassungsprinzipien außer Kraft setzt, für die der Liberalismus gekämpft hat, um Staatsmacht zu kontrollieren. Das ist besonders in den USA zu beobachten, aber auch in der EU, wo der nationale Korporatismus durch einen gesamteuropäischen ersetzt wurde. Eucken hatte dies bereits radikal gedeutet: Eine staatsfreie Wirtschaft und eine zentrale Planwirtschaft haben mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede.
- [115] Mit seinem relativistischen Freiheitsbegriff kann der Neoliberalismus bequem gegen oder auch für Staatsingriffe plädieren, wie immer es seinen ökonomischen Zweck erfüllt. Ebenso kann sich Neoliberalismus sowohl mit Demokratie als auch Diktatur vertragen, er ist blind gegenüber der Unfreiheit im nichtökonomischen Bereich.
- [117] Alfred Müller-Armack, der Vater des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“, wird regelmäßig in einem Atemzug mit Eucken, Rüstow, Röpke und Böhm als Architekt der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung genannt. Doch sein Begriff hat eine weitgehend unbekannt nationalistische, von der Sicht des Historismus geprägte Vorgeschichte. 1933 legte Müller-Armack ein Buch vor, in dem er einen „totalen Staat“ skizziert, der die soziale Verantwortung wahrnimmt, welche das freie Unternehmertum nicht garantieren kann. Der Unternehmer wird Teil der staatlich moderierten „Volkswerdung“.
- [120] Eucken stand diesen Ideen und ihren Befürwortern ablehnend gegenüber. Er hatte selbst einen längeren Weg von historistischen und nationalistischen Überzeugungen hinter sich, mit denen er sich kritisch auseinandergesetzt hatte, und vertrat nun einen strengen Ordoliberalismus. Müller-Armack war flexibler, modernisierte nach 1945 seinen Korporatismus mit liberalen Anleihen, unterstützte wesentlich die Preisreform von 1948, betrieb aber weiter die Politik großindustrieller Interessen (u. a. sozial abgemilderte Kartelle). Von dort zieht sich ein roter Faden bis zur heutigen Medienkampagne der industrie-finanzierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Ziel ist ein demokratisch schwacher, von Interessengruppen benutzter Staat, der aber wirtschaftspolitisch stark genug ist, um interventionistisch Interessenspolitik zu betreiben.
- [123] Erhard und Müller-Armack unterstützten sehr engagiert die NS-Wirtschaftspolitik. Erhard pries 1939 die Preisbindung, ordnete die Wirtschaftspolitik nationalen Zielen unter und befürwortete weitreichende Eingriffe des Staates in die unternehmerischen und privaten Sphären. 1943/44 plädierte Erhard in einer Denkschrift für mehr unternehmerische Freizügigkeit, um von einer Kriegswirtschaft wieder zu mehr Verbrauchsgüterproduktion zu kommen. Diese Freizügigkeit sollte aber „zweckvollem kollektivem Handeln“ dienen und von einer „Reichsgruppe Industrie“ organisiert werden. Sie entsprach genau dem, was der NS-Staat nach dem Krieg benötigte.
- [128] Nach 1945 gelang es, Erhard in die Nähe zur Systemopposition zu stellen. Als in den 1970er Jahren seine verschollen geglaubte Denkschrift wieder auftauchte, versuchte Erhard, die ganze „Reichsgruppe Industrie“ als oppositionsnah darzustellen. Aber Erhard war trotz aller Nähe zum Nationalsozialismus eigenständig geblieben: Er glaubte an den Korporatismus. Aber er glaubte auch an den Sinn der Preisfreigabe von 1948, und sein großes Engagement dafür erfüllte die Ordoliberalen mit Hoffnung.
- [130] Eucken wollte bei der Preisfreigabe nicht stehen bleiben, sondern eine Dekonzentration der deutschen Wirtschaft erreichen. Die gesamte Gesetzgebung hätte sich an diesem Ziel orientieren müssen. Die Bedingungen waren zunächst günstig, die amerikanische Militärverwaltung sympathisierte mit diesen Ideen, und auch große Teile der Bevölkerung waren konzernkritisch eingestellt. Doch die Gruppe der Ordoliberalen war zu klein, und die Macht des Faktischen zu groß. Die alten Eliten etablierten sich schnell wieder, und Erhard fiel den Ordoliberalen subtil in den Rücken, während er sich öffentlich noch zu ihnen bekannte. So sehr ihm die Durchsetzung der Preisfreigabe zu verdanken war: Ebenso engagiert verhinderte er die ordoliberaler Folgepolitik. Als Galionsfigur des sogenannten „marktwirtschaftlichen Flügels“ der CDU verband er geschickt seine Wirtschaftsfreundlichkeit mit dem konzernkritischen Ruf der Ordoliberalen. Während die CDU noch an einem konzernkritischen Programm arbeitete, wurden in der Verwaltung und der Politik die Ordoliberalen erst entmutigt, dann entmachtet und durch Industrievertreter ersetzt.

- [135] Auch den Widerstand der Alliierten, denen die neuen Gesetzentwürfe bezüglich der Begrenzung von Konzernmacht nicht weit genug gingen, konnte Erhard umgehen. Öffentlich machte er sich für ein „Grundgesetz der Marktwirtschaft“ stark, welches im Gesetzberatungsprozess allerdings auf ein wachswieches Kartellverbotsgesetz reduziert wurde. Aber dennoch war es geeignet, einen (teilweise inszenierten) Konflikt mit dem BDI zu provozieren, der Erhard sehr ordoliberal aussehen ließ. Auch konnte er den Alliierten weitreichende Zugeständnisse abringen. Erhard war tatsächlich gegen (alte) Kartelle, er wollte sie statt dessen durch zeitgemäßere Formen ersetzen (Fusionen, Aufkäufe).
- [138] Am Ende trug der Beschluss des Bundestages über das Kartellgesetz von 1958 viel von der Handschrift des BDI, es war ein staatlich moderierter Kompromiss der Interessengruppen. Daneben wurden – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – die industriellen Konzentrationsprozesse weiter vorangetrieben (Steuerrecht, Subventionsgesetze, darunter auch Subventionen für die Atomenergie).
- [143] Die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde so zu einer „Wirtschaftslenkung durch Machtgruppen“ mit ordoliberalen Anleihen, aber letztlich in völligem Gegensatz zu den Ideen des Ordoliberalismus. Der ohnehin kleine Kreis der Ordoliberalen wurde durch den frühen Tod von Eucken und Miksch stark geschwächt. Böhm kämpfte noch weiter, aber die anderen Weggefährten ließen sich mehr oder weniger von den neuen tonangebenden Kräften vereinnahmen oder sahen im Kommunismus mittlerweile die größere Gefahr.
- [147] Der offensichtliche Erfolg der korporatistischen Wirtschaftsordnung während des „Wirtschaftswunders“ verdeckte, dass es noch eine Alternative gegeben hätte, die effizienter war als oligopolistische Marktwirtschaft. Dennoch könnte dieser Entwurf im Zeitalter der McDonaldisierung und Zerstörung der Lebensgrundlagen neue Kraft gewinnen. International wird der Ordoliberalismus wieder stärker rezipiert.